Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 72 (1978)
Heft: 4

Rubrik: Zeichen der Zeit

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WILLY SPIELER

Zeichen der Zeit

Zehn Jahre nach 1968

ist zwar mehr von «Tendenzwende» als von «Revolution» die Rede. Eine «neue Innerlichkeit» scheint mehr zu zählen als die «Systemveränderung». Linke Studentenpolitiker von einst sind zu cleveren Managern «aufgestiegen», bekannt für ihr besonders aggressives «Marketing». Und über die amerikanischen Universitäten, von denen einst die ersten Signale eines revolutionären Umbruchs ausgingen, wird heute berichtet: «Fast penetrant herrschen Ruhe und Arbeit in der neuen Generation.» (NZZ vom 16. März 1978)

Doch der Schein trügt. Die gegenwärtige Fassadenrenovation der kapitalistischen Gesellschaft kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr Haus morsch geworden ist. Gewiß nicht, weil die «Achtundsechziger» daran gerüttelt haben wie keine Generation zuvor. Dieses System fault vielmehr von innen heraus. Den «Achtundsechzigern» kommt jedoch das Verdienst zu, ihm den Spiegel vorgehalten und es einer geradezu prophetischen Kritik ausgesetzt zu haben. Was damals an heilsamer «Verunsicherung» eingetreten ist, hat Langzeitwirkungen, die keine Gegenpropaganda aufhalten kann.

Die vielleicht wichtigste Langzeitwirkung ist unsere durch Kapitalismuskritik angereicherte und **veränderte Sprache.** Vormals durch bürgerliche Sprachregelung verdrängte Begriffe wie «Klasse», «Klassengesellschaft» und «Klassenkampf» beherrschen wieder die sozialethische und politische Diskussion, und zwar gewiß nicht als agitatorische Phantome, sondern als Abbilder der wahren Situation in allen westlichen Industriestaaten. Sogar ein so konservatives Gremium wie die Gemeinsame Synode der Bistümer in der BRD von 1975 mußte zur Kenntnis nehmen, daß der Verzicht auf diese «von Marx eingeführten Kategorien der Gesellschaftsanalyse» die «Glaubwürdigkeit» der katholischen Sozialwissenschaft beeinträchtigen würde. Ist aber die Sprache revolutioniert, so hält auch die Wirklichkeit nicht stand. Die Ideologie der Herrschenden hat aufgehört, die herrschende Ideologie zu sein.

Eine weitere Langzeitwirkung verzeichnen die «Achtundsechziger» mit ihrer **Imperialismustheorie.** Daß Unterentwicklung nicht der Anfang einer kapitalistischen Entwicklung ist, daß es vielmehr unser entwickelter Kapitalismus ist, der die Unterentwicklung in der Dritten Welt produziert, die dort lebenden Menschen ausbeutet und ihre Naturschätze liquidiert, wird kaum mehr ernsthaft bestritten. Die — durch Johan Galtung, Theotonio dos Santos, Osvaldo Sunkel und andere Neomarxisten vollendete — Imperialismustheorie der «Achtundsech-

ziger» ist so sehr zum soziologischen und — über die «Theologie der Befreiung» — auch zum sozialethischen Gemeingut geworden, daß selbst unsere kirchlichen Hilfswerke darauf ihre «Vorschläge für eine neue schweizerische Entwicklungspolitik» von 1975 stützen konnten. Der noch lange nicht ausdiskutierte Bericht erinnert an Helder Câmaras Aufruf: «Europäer, bleibt freundlicherweise, wo ihr seid. Um uns zu helfen, müßt ihr zuhause Revolution machen!»

Erschüttert worden ist seit dem Ende der sechziger Jahre ebenfalls die Rolle von Lehre und Forschung an den **Universitäten.** Wissenschafter aller Fakultäten mußten sich in den letzten zehn Jahren auf ihr «erkenntnisleitendes Interesse» (Jürgen Habermas) hinterfragen lassen. In den «Achtundsechzigern» reflektierte sich die Wissenschaft erstmals als wichtigste Produktivkraft, die daher auch der besonderen Ausbeutung und Fremdbestimmung durch das Kapital unterliegt. Seither kann sich keiner mehr einreden, er sei einer unparteiischen Wahrheit und nur ihr verpflichtet, möge er diese Wahrheit positivistisch oder metaphysisch verstehen. Auch Theologie ist politisch, «politische Theologie» und als solche Ideologiekritik geworden, auch und gerade gegenüber den kirchlichen Institutionen. Ivan Illich und Paolo Freire plädieren für eine Demokratisierung der Wissenschaft, wie es vor ihnen nur einer mit gleicher Klarsicht getan hat: Leonhard Ragaz in seinen zehn Vorlesungen über «Die pädagogische Revolution» von 1919 (!).

Der Terrorismus

wird von oberflächlichen Leitartiklern zwar auch als Konsequenz der Jugendrevolte von 1968 dargestellt. Scheinbar plausibel ist die Rede von der Eskalation «mit 'ein bißchen Gewalt' gegen Sachen, dann gegen Menschen, dann ein bißchen mehr bis schließlich zum durchorganisierten Terror mit Entführung, Erpressung, Mord und Totschlag» (NZZ vom 1. Januar 1978). Damit aber wird ein Automatismus vorgetäuscht, der nur schon deshalb nichts erklärt, weil er lediglich das Verhalten einer verschwindend kleinen Minderheit der «Achtundsechziger» beschreibt, während die überwiegende Mehrheit den Weg der Gewaltlosigkeit und den «langen Marsch durch die Institutionen» wählte. Nicht Terrororganisationen, sondern Bürgerinitiativen sind die typischen Konsequenzen der APO-Bewegung. Diese hatte schon sehr bald erkannt, daß «Gewalt gegen Sachen» kein legitimes Mittel der Politik sein kann, zumal sie von der «Gewalt gegen Menschen» nicht zu trennen ist, vor allem nicht in einem System, das selbst noch Sachen über Menschen stellt, wie als jüngstes Beipiel der Ruf nach der Neutronenbombe zeigt. Auch unsere Zeitschrift, die den Aufbruch von 1968 begrüßte, wurde damals nicht müde, vor Gewaltakten zu warnen. (Vgl. NW 1968, S. 254)

Noch einfacher machen es sich jene Kommentatoren, die den Terrorismus auf das «Gedankengut linker Intellektueller» (NZN vom 11. Februar 1978) oder auf «den Begriff der 'strukturellen Gewalt'» (LNN vom 17. März 1978) zurückführen. Wie Roland Eckert kürzlich an einer Fachtagung der CDU darlegte, ist jede derartige Reduktion so absurd, daß man ebensogut den alten Hegel für die «Breschnew-Doktrin» haftbar machen könnte. (Vgl. TAM vom 7. Januar 1978.) Wer sagt, daß der Kapitalismus in sich schlecht ist, billigt noch lange nicht in sich schlechte Mittel seiner Ueberwindung. Er sagt auch nicht, daß unsere Gesellschaft in sich schlecht sei. Als guter Dialektiker will er diese vielmehr vom Kapitalismus befreien, ihre Grundwerte also gerade nicht zerstören, sondern erhalten.

Vielen bürgerlichen Kommentatoren geht es jedoch gar nicht um eine sorgfältige Auseinandersetzung mit dem Terrorismus, sondern ganz einfach um die **Kriminalisierung linker Theorie und Praxis..** Was zum Terrorismus führt, sollte man verbieten. Folglich erklären solche Kommentatoren das kritische Denken zur Ursache des Terrorismus und gelangen auf diesem Umweg zu einem Schluß, der ihren geheimsten Wunschvorstellungen entspricht: zum Verbot kritischen Denkens und damit zu einer Zensur, die sie selber schon längst verinnerlicht haben. Vor eben diesem Hintergrund ist auch die Frage einer **Bundessicherheitspolizei** für die Schweiz zu beurteilen. Jede derartige Organisation würde weniger gegen den wirklichen Terror als gegen seine vermeintlichen Ursachen, zur Bespitzelung kritischer Bürger und zur Bekämpfung öffentlicher Demonstrationen, eingesetzt. Sie würde den Terror nicht verhindern, sondern ihm neue Vorwände liefern, vielleicht sogar selber Terror ausüben. Hier wäre die Eskalation der Gewalt kaum mehr aufzuhalten.

Woher kommt es überhaupt, daß unsere Gesellschaft gegenüber dem Terrorismusproblem alle Proportionen zu verlieren droht? Ist etwa die Demokratie in Gefahr? Wenn ja, dann weit weniger durch die paar Dutzend Terroristen als durch die Ueberreaktion verschreckter Bürger. Auch die Lebensbedrohung, die von den Terroristen ausgeht, steht mit weniger als einem Prozent aller Mordtaten in keinem Verhältnis zur «gewöhnlichen» Kriminalität oder gar zu den jährlichen Opfern des Straßenverkehrs. Die Erregung ist nur verständlich, wenn wir sie auf eine **verdrängte Schuldfrage** zurückführen. Es ist unsere Gesellschaft, die ihre Mörder hervorbringt. Es ist daher auch unsere Gesellschaft, die im Terrorismus ein Menetekel, eine Aufforderung zur Umkehr und zur Veränderung (vgl. Lk 13, 1-3) erkennen müßte.

Der Schuldfrage sollte sich vor allem das **Bürgertum** stellen, sind es doch fast ausschließlich seine Kinder, die heute dem Terrorismus verfallen. Ihm war der moralisch motivierte Klassenwechsel seiner

besten Söhne und Töchter von allem Anfang nicht nur unbegreiflich, sondern auch Anlaß zum Abbruch der Kommunikation und schließlich — begünstigt durch Wirtschaftskrise und beginnenden «Atomstaat» — zu immer härterer Repression. Die menschliche Vereinsamung und Verzweiflung, ohne die es keinen Terror gäbe, hat in dieser Dialogunfähigkeit des Bürgertums seine vielleicht wichtigste Ursache. Terrorist wird man nicht von heute auf morgen. Ulrike Meinhof hat während zehn Jahren Leitartikel geschrieben, bevor sie sich erstmals vor den Gesetzen schuldig machte.

Das Bürgertum verdrängt aber auch die eigene Bereitschaft, Terror auszuüben, wo immer seine Klassenherrschaft gefährdet ist. Es verdrängt seine eigene Kollaboration mit rechten Terroristen wie Forster, Videla oder Pinochet, die sich im Gegensatz zu den linken Desperados staatlicher und militärischer Legitimitätssymbole zu bedienen wissen. Die linken Terroristen erscheinen infolgedessen als die Sündenböcke, in die das Bürgertum einerseits seine eigene Bereitschaft zum Terror projiziert und die anderseits von der Tatsache ablenken sollen, «daß wir keines der Probleme gelöst haben, an denen sich der Protest, der in seinen Anfängen rational war, entzündet hat» (C. F. von Weizsäcker). Es fehlt nur noch die Todesstrafe, um dieses ganze Ritual archaischer Selbstabsolution zu vollenden.

Auf der andern Seite dürfen wir aber auch die **politische Linke** nicht zum vornherein von jeder Mitschuld am Terrorismus lossprechen. Daß sie ihn nicht gefördert hat, daß sie ihn sogar als Rückschlag auf die eigene Position betrachten muß, daß also die eigentlichen Nutznießer die herrschenden Klassen sind, das alles versteht sich von selbst. Die politische Linke muß sich jedoch überlegen, was sie unserer Jugend noch an Hoffnung für eine bessere Zukunft und damit an echtem Lebenssinn zu vermitteln weiß. Ein System, das sich nur behauptet, indem es alle Ansätze von Menschlichkeit und Brüderlichkeit tendenziell ausschließt, bedarf einer radikalen Veränderung. Das Versagen der politischen Linken liegt nun aber gerade darin, daß sie über die Notwendigkeit und das Ziel solcher Systemveränderung zu wenig präzise und politisch praktikable Vorstellungen aufzuweisen hat. Dadurch können gerade jene Ideale, die auch in den Biographien der Terroristen ursprünglich an erster Stelle standen, politisch nicht vermittelt werden. Die Mitschuld der politischen Linken am Terror würde folglich nicht darin bestehen, daß sie zu radikal, sondern vielmehr darin, daß sie zu wenig radikal wäre.

Die Wahlen in Frankreich

vom vergangenen März mögen für dieses Versagen der politischen Linken als Beispiel dienen. Aus Angst vor der eigenen Courage und

mehr noch als Folge eines wechselseitigen **Mißtrauens** haben die Linksparteien diese Wahlen verloren. Sozialistenchef Mitterand war der erste, der anfing, das «programme commun» zu relativieren. Er lieferte damit den Kommunisten ein willkommenes Argument zum Bruch des Linksbündnisses im September 1977. Die Kommunisten wollten offensichtlich (noch) nicht an die Macht, schon gar nicht als Juniorpartner der Sozialisten, denen sie unter Mitterand kaum mehr als eine Verwaltung der Wirtschaftskrise zutrauten. Den Sozialisten ist umgekehrt eine KP suspekt, die sich trotz ihrem spektakulären Verzicht auf das Prinzip von der Diktatur des Proletariates nach wie vor als leninistische Kaderpartei versteht und von innerer Demokratisierung nichts wissen will. Dieses wechselseitige Mißtrauen widerspiegelt letztlich nur die historische Tatsache, daß bislang weder kommunistische noch sozialistische Parteien in der Lage waren, eine sozialistische Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Die einen haben den Kapitalismus nur mit Gewalt, die andern haben ihn überhaupt nicht überwunden.

Unter diesen Voraussetzungen ist die Niederlage der Linken das kleinere Uebel als eine regierungsunfähige Koalition des Mißtrauens. So haben vermutlich auch viele Wähler der beiden Linksparteien gedacht, als sie im zweiten Wahlgang nicht mehr bereit waren, gegenseitig die aussichtsreichsten Kandidaten zu unterstützen. Das Linksbündnis hatte schließlich mit 199 Sitzen oder 49,3 Prozent der Stimmen das Nachsehen gegenüber der «Regierungsmehrheit» mit 291 Sitzen oder 50,5 Prozent der Stimmen.

Schon vor zehn Jahren hätte Hugo Kramer in dieser Zeitschrift den fortschrittlichen Kräften Frankreichs einen Sieg zugemutet, «wenn die Linke einig und zur Uebernahme der Regierung entschlossen gewesen wäre, wenn sie ein klares Regierungsprogramm gehabt und vertreten hätte» (NW 1968, S. 252). Daß wir diese Diagnose heute wörtlich wiederholen können, zeigt, wie sehr Hugo Kramer auch mit seiner Therapie «einer Erneuerung des Sozialismus aus seinem geistig-sittlichen Grundwesen» (S. 255) recht hatte. Das Schlimmste, was den Sozialisten bevorstehen könnte, wäre eine Rückkehr zum früheren Sesselopportunismus unter Guy Mollet. Die Zukunft liegt daher nicht in einem Zusammengehen der Sozialisten mit der «Union für die französische Demokratie» (UDF), deren einziger Programmpunkt nur gerade «Valéry Giscard d'Estaing» heißt, sondern in einem neuen «Programme commun» und vor allem in einer Allianz des Vertrauens mit mehr Sozialismus auf der einen und mehr Demokratie auf der andern Seite. Auch für Frankreich gilt: «Es muß sich ein **neuer Sozialismus** bilden, worin das Beste des demokratischen und des kommunistischen auf einer neuen Grundlage und in einer höheren Sphäre verbunden sein wird.» (Leonhard Ragaz, «Neue Wege» 1945, S. 387)